

*Dokumente zur sudetendeutschen Frage 1916-1967. Hrsg. im Auftrag der Ackermannsgemeinde von Ernst Nittner.*

Eigenverlag d. Ackermannsgemeinde, München 1967, 581 Druckseiten, 321 Dokumente, Ln. DM 21.—.

Der Band enthält 321 Dokumente auf 520 Seiten. Sie umspannen die letzten 50 Jahre des politischen Schicksals der Deutschen in den böhmischen Ländern. Damit allein bringt er bereits mehr als alle ähnlichen Dokumentationen zum Thema. Er bringt es auch besser.

Die sudetendeutsche Frage gilt heute noch vielen Politikern und manchen Völkerrechtlern als eine offene Frage. Der Fachhistorie ist sie in einem solchen Sinn nicht gestellt. Hier gibt es nichts zu lösen oder zu definieren, sondern eine Entwicklung in ihren Ursachen und in ihrem weiteren Zusammenhang zu erfassen. Insofern ist die Geschichte für den Historiker stets eine offene Frage, und alle seine Antworten sind gegenüber dem Fortschritt der Wissenschaft immer begrenzt.

Allzu viele Antworten zu jenen Schicksalsjahren der Deutschen in den böhmischen Ländern gibt es bis heute allerdings überhaupt noch nicht. Da ist die vorzügliche Darstellung über das Münchner Abkommen von Boris Čelovský von 1958, die seinerzeit in Deutschland leider zu wenig Sachkunde hier, zu wenig Sachlichkeit dort gefunden hatte; das materialreiche Buch von H. Rönnefarth von 1961 zur Sudetenkrise, das gerade wegen seiner gründlichen Aktensammlung jenes internationale Gesamtbild, dem es gilt, nicht gut sichtbar werden läßt; der Rückblick von Wenzel Jaksch auf „Europas Weg nach Potsdam“, ein Erinnerungswerk, aber durch die politische Stellung des Verfassers vor 1938 bemerkenswert; schließlich die Arbeit J. W. Brügels von 1967 über „Tschechen und Deutsche“, teils nach wichtigem neuem Material, ein wesentlicher, aber nicht unproblematischer Vorstoß zu neuen Urteilen. Tschechische Beiträge von K. Gajan, J. César und B. Černý gründen auf Archivmaterial, das der westlichen Forschung nicht zugänglich ist, und deshalb allein unentbehrlich, wenn sie auch manchmal allzu deutlich in Einseitigkeiten stecken blieben.

Mit der Ausgabe von Dokumentensammlungen hatten sich bisher schon K. Rabl und E. Nittner, F. P. Habel und tschechischerseits V. Král befaßt. Soviel nun diese Arbeiten im einzelnen auch dazu beitragen, uns ins Bild zu setzen, so verfehlen sie doch immer wieder die eigentliche Aufgabe der Historie. Sie bieten nämlich Rechtfertigung und Anklage. Sie rechtfertigen

die sudetendeutsche Staatsfremdheit, oder die sudetendeutsche Partei, oder die tschechische Vertreibungs politik oder das Münchner Abkommen: sie fragen dabei immer wieder nicht nach der Ursache, sondern nach der Schuld.

Eine Dokumentensammlung besitzt demgegenüber ganz andere Möglichkeiten der Aussage über einen an sich eben noch unfertigen, noch allzu unklaren Zusammenhang. Sie wurden hier für die Darstellung der Ereignisse bis 1945 mit den ersten 200 Dokumenten des Bandes auch sehr gut genützt. Ohne Kommentar, ohne Bevormundung des Lesers, werden so ziemlich die entscheidenden oder die wohlinformierten Stellungnahmen vorgeführt.

Im Gesamtverlauf von 1916 bis 1945 sind dabei einige Schwerpunkte gebildet worden: die Staatsgründung von 1918, ihre Voraussetzungen, die innen-, die internationalen, die Weimarer und die Wiener Stellungnahmen dazu; die innenpolitische Entwicklung in den 30er Jahren, die Ansätze zur deutsch-tschechischen Verständigung bei der jüngeren Generation in den politischen Parteien und in der Jugendbewegung und demgegenüber das nationale Pathos der Unversöhnlichen; das Krisengeflecht um das Münchner Abkommen, angefangen von Henleins Ergebnisadresse vom November 1937, dem ältesten schriftlichen Zeugnis für die Unterstellung der Sudetendeutschen Partei unter Hitler, bis zur Enttäuschung der deutschen Widerstandsbewegung über die englische Appeasement-Politik in der Sudetenfrage; schließlich die deutsche Protektoratspolitik mit Vernichtungsplänen und Terroraktionen und ihr Echo in den tschechischen Vertreibungsbeschlüssen.

Für die letzten 20 Jahre hat die Dokumentation einen etwas abweichenden Charakter: hier überschreitet sie die Grenze zwischen Geschichte und Politik und wird zum Rüstzeug für Tagesfragen. Um so bedeutsamer ist sie dabei geworden, weil wir kaum über ähnliche Grundlagen für eine noch rege innenpolitische Diskussion verfügen, selbst dann, wenn sie dabei ein wenig zu breit, ein wenig zu sehr mit aller Ausführlichkeit die offiziellen Äußerungen der Verbandspolitik sammelt. Hier ist wohl tatsächlich wegen des aktuellen Bezuges die Vollständigkeit anzustreben. Also liest man von Neubesinnungen, Grundsatzprogrammen und ihrer allmählichen Klärung und Variation von 1946 bis zum Frühjahr 1967.

Was läßt sich aus dieser Darstellung lernen? Zwar sind die gesammelten Dokumente in der Literatur oder in der Presse der letzten Jahre zu finden, ihre Zusammenstellung aber bringt nicht nur für den Fachhistoriker, sondern sogar für den unmittelbar engagierten Spezialisten eine wertvolle Hilfe. Sie bietet aber zugleich ein ungemein interessantes Lesebuch für alle, die soviel sich angeeignet oder gar miterlebt haben, daß sie zu einem eigenen Urteil imstande sind.

Ich greife nur einige Gesichtspunkte heraus: da ist der Umfang der deutschen Kapitulation von 1918/19 gegenüber den Alliierten, die Tatsache der Passivität in der deutschen Bevölkerung gegenüber den tschechischen Regierungsorganen nun deutlicher gezeigt als meist anderswo; das politische Versagen der Anschluß- und Widerstandspläne jener Zeit, soweit sie auch verbreitet waren und sich sowohl in Wien wie auch in der Weimarer Ver-

fassung niederschlugen, nach den alten Plänen der Großdeutschen, wie man sie schon 1848 konzipiert hatte. Dazu tritt die grundsätzliche und unerschütterliche Ablehnung des neuen Staates bei einigen politischen Sprechern des rechten Flügels der Deutschen (S. 78). Daher der warnende Hinweis des persönlich sehr verständigungsbereiten Franz Krépek auf das Beispiel vom Hochverrat, das die Tschechen schließlich selber vor 1918 gegenüber der alten Monarchie gegeben hätten (S. 80); daher auch die Reserve der amerikanischen Diplomatie gegen die neue Grenzziehung (S. 71); daher schließlich die grundsätzliche Bedeutung der Regierungsbeteiligung deutscher Parteien im Jahr 1926.

Einen anderen wichtigen Gesichtspunkt bildet das Scheitern eben dieses Aktivismus 1938 gegenüber der Unbeweglichkeit der tschechischen Nationalitätenpolitik. Seine Folgen sind hier treffend gekennzeichnet durch einen Appell des tschechischen Journalisten Ferdinand Peroutka an die politische Vernunft seiner Landsleute (S. 187). Aber auch dieser namhafte politische Beobachter unterschätzte im März 1938 Hitlers Aggressivität und die Entschlossenheit der Sudetendeutschen Partei, ihm dabei zu dienen (S. 172). Der Irrtum über Hitler wird von verschiedenen Seiten beleuchtet. Nur Churchill will sich nicht getäuscht haben (S. 196), während der französische Außenminister doch wenigstens mit der deutschen Kriegsbereitschaft rechnete (199).

Aufschlußreich sind auch die Hinweise auf die inneren Meinungsverschiedenheiten im Nationalsozialismus, die Opposition gegen Henlein unter den NS-Emigranten in Deutschland vor 1938, die deutschen Schwankungen über das Ausmaß der Repressalien gegen das tschechische Volk nach 1939, beendet durch Hitlers Entscheidung für das „Assimilierungsprojekt“ (279), die Auffassung Himmlers über das Verhältnis Deutschlands zu seinen Sklavenvölkern und über die „taktvolle“ Ausrottung des jüdischen Volkes (S. 288).

Wichtig, in vergleichbarer Übersicht auch nirgends sonst zusammengestellt, ist die Auseinandersetzung um die Politik der Sudetendeutschen Landsmannschaft nach 1945. Zeigt sich doch in der langen Reihe der Deklarationen die Meinungsverschiedenheit mit der Bundesregierung deutlich, zuletzt beispielsweise, wenn die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 19. Februar 1967 den Fortbestand des Münchner Abkommens betonte (S. 539), während Bundeskanzler Kiesinger drei Monate zuvor das Münchner Abkommen als nicht mehr gültig bezeichnet hatte (S. 534). Aufschlußreich ist auch die Gegenüberstellung eines deutschen und eines tschechischen Fachkommentars nach der „Zeit“ vom Juli 1967 (S. 547). An den Schluß der Dokumentenreihe aus 50 Jahren sudetendeutschen Schicksals stellte der Herausgeber eine Frage des Historikers an die sudetendeutsche Zukunft. Karl Bosl würdigt da zunächst einen „idealistischen Zug im politischen Denken der sudetendeutschen Volksgruppe“, der sich als „common sense über alle Parteien und Weltanschauungen hinweg bis heute erhalten hat“. Er fragt nach den künftigen Möglichkeiten einer selbständig geformten sudetendeutschen Politik, „wenn sich . . . auf die Dauer die Hoff-

nung auf Rückkehr nicht nur nicht verwirklichen, sondern nicht einmal konzipieren läßt, wenn im neuen Staat die Voraussetzungen und der Zwang zu politisch selbständiger Aktion immer mehr zurücktreten . . .“ und findet die Antwort: „Was bleibt, ist der Wille der noch politisch zusammengehaltenen Volksgruppe, ihr Geschichtsbewußtsein und ihre Erlebnisgehalte schöpferisch und aktiv in das neuentstandene Geschichtsbewußtsein der Gesamtgesellschaft und des Gesamtstaates einzuprägen und zur Geltung zu bringen . . .“ (S. 554).

Zuguterletzt muß man fragen, was auch ein so umfangreicher Band noch außer acht gelassen habe. Da scheint mir ein Blick auf die allgemeine Krise der jungen Demokratien in Mitteleuropa nach 1918 wichtig: sie läßt sich von Finnland bis nach Südosteuropa in den 30er Jahren als Rechtsruck beobachten, als autoritärer Versuch, mit den ungelösten Problemen der neuen Sozial- und Nationalordnung fertig zu werden, und bringt mit innen- und außenpolitisch wachsender Intoleranz eine Krisenwelle über ganz Europa. Da fehlt mir zweitens überhaupt die Sozialpolitik in diesem Band. Nach dem Ersten Weltkrieg sollte man wohl den ersten deutschen Aktivismus mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Republik in der ersten Hälfte der 20er Jahre in Verbindung bringen, während die folgende Weltkrise dann dem Mißtrauen und der Radikalisierung den bekannten Vorschub leistete. Hier hätten einige Daten aus dem offiziellen statistischen Jahrbuch der ČSR viel ausgesagt.

Aber auch nach 1945 sind ein paar sozialpolitische Angaben über das Gesamtbild wichtig. Die große Leistung der deutschen Eingliederungs- und Lastenausgleichspolitik hätte hier doch mit einigen Belegen festgehalten werden müssen. Sie ist beispielsweise in der Tschechoslowakei, wo man diesen Band in Fachkreisen wohl auch zur Hand nehmen wird, so gut wie unbekannt. Auch bei uns aber pflegt man die Probleme der Vertriebenenpolitik etwas weltfern so zu diskutieren, als ob sie primär außenpolitische, und nicht, als ob sie in erster Linie Sozialprobleme gewesen wären, bei deren Lösung gerade die Ackermann-Gemeinde unter der Initiative von Hans Schütz an führender Stelle tätig war. Bis heute ist diese Tätigkeit für das Schicksal der sudetendeutschen Volksgruppe und jedes einzelnen der Vertriebenen von 1945 doch noch immer das effektivste Stück Vertriebenenpolitik geblieben.

Vielleicht kann man über andere Zusätze verschiedener Meinung sein: ich vermisse aber noch einiges zur inneren Diskussion unter den Sudetendeutschen über ihre politische Linie, über die Stellung zum Münchner Abkommen und über „die Ausweisung als Schicksal und Aufgabe“ (Lemberg). Gerade in diesem Zusammenhang leistete die Ackermann-Gemeinde Bahnbrechendes zu einer echten Neuorientierung der Vertriebenenpolitik, das man heute wohl zu würdigen versteht und das sich jedenfalls der schlecht informierten Darstellung Antonín Šnejdáreks über den sudetendeutschen Revanchismus (S. 464) entgegensetzen ließe.

Sehr anerkennenswert ist der wiederholte Versuch, ein bestimmtes Er-

eignis aus dem „Rückblick“ von verschiedenen Seiten zu beleuchten und dabei auch die tschechische Geschichtsschreibung zu Wort kommen zu lassen. Ihre Firmierung dabei als „tschechisch-bolschewistisch“ ist freilich ein Mißgriff. Auch wird inhaltlich dabei nur ein inzwischen überholtes Stadium der tschechischen Historiographie festgehalten.

München

Ferdinand Seibt